



tung sollen sowohl sachliche Argumente wie auch politische Haltungen einfließen.

Was ist Ihr grösstes Anliegen bei der neuen Strassenfinanzierung?

Die Steuererträge müssen weiterhin unsere Strasseninfrastruktur finanzieren. Auch das bisherige Verursacherprinzip soll im Grundsatz beibehalten werden. Ich lege ausserdem grossen Wert auf eine sachliche Diskussion. Dazu gehört, dass wir die verschiedenen Verkehrsmittel nicht gegeneinander ausspielen.

«Ich kann mir vorstellen, dass verschiedene Faktoren künftig die Fahrzeugsteuer bestimmen.»

Wo steht der Kanton St.Gallen hier im Vergleich mit anderen Kantonen – gibt es Finanzierungsmodelle, an denen sich die Regierung orientiert?

Bei der Überprüfung der Strassenfinanzierung werden wir auch die Besteuerungen der anderen Kantone genauer betrachten. Alle diese Modelle bringen Vor- und Nachteile mit. Sie werden den politischen Interessen mehr oder weniger gerecht. Ein rundum befriedigendes Besteuerungsmodell sticht nicht heraus. Hinter den bestehenden Modellen stehen jedoch Überlegungen, die für uns wertvoll sind.

Und welches Modell halten Sie persönlich für am zukunftsträchtigsten?

Ich kann mir vorstellen, dass verschiedene Faktoren künftig die Fahrzeugsteuer bestimmen. So bilden wir die unterschiedlichen politischen Interessen ab.

Text: Tanja Millius

Bilder: Marlies Thurnheer

Welches Grossrisiko kommt als Nächstes?

Derzeit vergeht kein Tag ohne ausführliche Berichterstattung über alle Aspekte der Corona-Pandemie. Die Zeitungen sind voll mit Berichten. Jede Minute wächst der staatliche Schuldenberg um 100 000 Franken, pro Tag um 150 Millionen Franken. Gesellschaft und Staat geraten an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten. Das Virus fordert Staat, Gesellschaft, Junge und Alte in hohem Masse.



Wer aber spricht in dieser Zeit von Rückstellungen, Reserven und Vorbereitungen für weitere Grossrisiken? Die Bevölkerung hat vor lauter Wohlstand und überbordendem Selbstverständlichkeitsdenken vergessen, dass Strommangellagen, Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle (etwa Cyberangriffe, Sabotageakte auf kritische Infrastrukturen wie Versorgungszentren oder Energieversorgungssysteme), ein längerer Ausfall der Mobilfunknetze oder sogar militärische Spannungen sehr realistisch sind und zu weiteren hohen Belastungen von Gesellschaft und Staat führen können.

Bedrohungen, Gefahren und Risiken sind nicht abstrakt. Sie können plötzlich real werden. Eine gestörte Energieversorgung kann zu hohen gesellschaftlichen Schäden, zu Plünderungen und letztlich zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen. Wesentliche Teile der Wirtschaft, unser Sozialsystem und unsere Gesellschaft können ganz oder teilweise zusammenbrechen.

Wir müssen zur Bewältigung weiterer Risiken jederzeit bereit sein, Vorkehrungen treffen und Reserven schaffen. Wir alle müssen uns nicht nur mit Impflänen, sondern auch mit diesen schwierigen Herausforderungen beschäftigen. Es sind rasch die Voraussetzungen für eine moderne Sicherheitspolitik zu schaffen. Dazu gehören geübte Führungsorganisationen, eine glaubwürdige Armee mit allen Eingreif- und Unterstützungsmöglichkeiten, finanzielle Reserven, aber auch die Förderung der Selbstsorge und Eigenverantwortung. Der Staat kann nicht alles leisten.

Das sind die wirklichen Lehren aus Corona.

Dr. Walter Locher, Rechtsanwält, Kantonsrat FDP und Vize-Fraktions-Chef